



Mitteilung für die Medien

Berlin, 15.01.2015

Nein zur Verlängerung des Patriot-Einsatzes in der Türkei Offener Brief an die Bundestagsfraktionen

Ein NEIN des Deutschen Bundestages zur Mandatsverlängerung des Patriot-Einsatzes in der Türkei empfiehlt die pax christi-Kommission Friedenspolitik in einem Offenen Brief.

Der Antrag der Bundesregierung auf Mandatsverlängerung wird heute im Deutschen Bundestag beraten. Nach ausführlicher Prüfung kommt Christof Grosse, der Sprecher pax christi-Kommission Friedenspolitik zu dem Ergebnis, „dass die geplante Verlängerung des Patriot-Mandats weder völker- noch verfassungsrechtlich rechtfertigungsfähig ist.“ Die Kommission Friedenspolitik hat vielmehr den Eindruck, „mit der Mandatsverlängerung werde einerseits eine Demonstration von Bündnisfähigkeit und andererseits ein bei der Stange Halten des unsicher werdenden NATO-Partners Türkei bezweckt.“ Grosse betont: „Für solche taktischen Zwecke kann und darf sich ein Parlament nicht hergeben. Eine Ablehnung der Mandatsverlängerung kann die politischen Ambitionen der Türkei, bzw. die nationalistische Ausrichtung der regierenden AKP, vernünftig begrenzen helfen. Und zwar im Sinne einer dringend anzustrebenden diplomatischen Friedenslösung für die von der aktuellen humanitären Katastrophe überzogenen Region.“

Die konkreten verfassungs- und völkerrechtlichen Erwägungen der Kommission sind im Offenen Brief näher dargestellt. Den offenen Brief finden Sie unter www.paxchristi.de.

Ansprechpartnerin bei pax christi für die Medien

Generalsekretärin Christine Hoffmann

Tel. 030.200 76 78-0

Fax 030.200 76 78-19

sekretariat@paxchristi.de

www.paxchristi.de